

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 10 (1930-1931)
Heft: 9

Artikel: Die internationale studentische Zusammenarbeit am Scheideweg : zum XII. Kongress der "Confédération Internationale des Etudiants" in Brüssel am 12.-26 August
Autor: Hülsmann, J.H.H.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157220>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die internationale studentische Zusammenarbeit am Scheideweg.*)

(Zum XII. Kongreß der „Confédération Internationale des Etudiants“ in Brüssel am 12.–26. August 1930.)

Von jur. J. H. H. Hülsmann, Amsterdam.

Holland ist eines der Länder, in dem ein ziemlich lebendiges Interesse für den Völkerbund und den zwischenstaatlichen Gedanken besteht. Eine überlieferte Neutralitätspolitik während eines Jahrhunderts hat den Boden für eine friedliebende und versöhnliche Geisteshaltung vorbereitet. Auch haben wir das Elend des Krieges zu nah an unsern Grenzen gesehen, als daß wir nicht von dem Wunsche besetzt wären, Europa vor der Wiederholung einer solchen Katastrophe zu behüten.

Man hat darum von Anbeginn an das Werk der Confédération Internationale des Etudiants (C. I. E.) mit Wohlwollen begrüßt. Nicht daß dieses Wohlwollen sich in tiefgehendem Mitleben oder in kräftigen Taten geäußert hätte. Der holländische Student hält nichts von Politik. Das Wort „Politik“ riecht nach „Krieg“. Und um den Krieg zu verhindern, war ja doch die zwischenstaatliche Zusammenarbeit, war unter anderem die C. I. E. da.

Man gab sich in Holland schon ganz zufrieden, daß eine C. I. E. bestanden. Was sie war, das wußte man eigentlich nicht. Die Kongresse waren im allgemeinen auch zu weit weg: in Prag, Warschau, Rom oder Budapest.

Man lebte in dem süßen Wahn, daß jede Form internationaler Zusammenarbeit ein unbestreitbares Gut sei; daß es schon ein gottgefälliges Werk bedeute, wenn man auf jeder internationalen Zusammenkunft seine (körperliche) Anwesenheit bekunde. Aber dieser Wahn beginnt, wenigstens in holländischen Studentenkreisen, allmählich zu schwinden.

Man beginnt zu begreifen, daß man unter dem Begriff „Kongreß der C. I. E.“ nicht mehr ausschließlich die Elite der studierenden Jungmannschaft verstehen kann, die aus allen Weltteilen zusammenkommt, um in edlem Einvernehmen und Wettbewerb eine bessere Welt vorzubereiten.

Der Vorsitzende Paul Saurin (Frankreich) ist abhängig vom Ministerium für Auswärtiges in Paris. Edgar Kempe (Lettland), 1914 Rittmeister bei den Husaren des Zaren, ist „Kriegsgerichtsrat“ im Ministerium für Auswärtiges in Riga . . . und zugleich Student und Mitglied des Vollzugsausschusses, und als solches Führer des baltischen Blockes.

Als die „Confederacion Nacional des Estudiantes Catolicos de España“ unter Protest gegen die persönliche Einmischung von Saurin in spanische Studentenangelegenheiten von der Mitgliedschaft in der C. I. E.

*) Die Übersetzung aus dem Holländischen wurde von der Schriftleitung besorgt.

zurückgetreten war, übernahm wenige Tage später auf Grund eines Briefwechsels die liberale „Federacion Universitaria Escolas“ die Vertretung für Spanien.

Das sind Tatsachen, die zu denken geben und die die Frage aufwerfen, ob die „Confédération Internationale des Etudiants“ wirklich ein Werkzeug ist, „eine neue und dauerhafte zwischenstaatliche Ordnung zu schaffen auf der Grundlage der Kenntnis und des gegenseitigen guten Verstehens zwischen den Völkern der Welt und denjenigen, die sie führen“, wie es Fridtjof Nansen so elegant in seinem Vorwort zum „Handbuch studentischer Arbeit“ ausgedrückt hat.



Begründet 1919 in Straßburg auf Einladung der „Union Nationale des Associations d'Etudiants de France“, trug die C. I. E. im Anfang in ausgesprochenem Maße den Charakter eines „Produktes des Sieges“. Gerade die Universitätsstadt, die man als ihre Wiege auserkoren hatte, war dafür ein treffendes Sinnbild. Seither sind viele neutrale Staaten und ein großer Teil der Besiegten beigetreten. Aber der „Geist von Versailles“ hat sie doch noch nicht ganz verlassen.

Auf dem jüngsten Kongreß in Brüssel ist das wieder einmal klar geworden. Die Anfragen auf Zulassung der flämischen, kroatischen und mazedonischen Studentenvereinigungen werden noch lange und oft aufregende Aussprachen hervorrufen. Und die scharfen Angriffe der polnischen und tschechischen Abgeordneten auf das Recht der deutschen Studentenschaft, die Deutschen in Danzig und Sudetendeutschland zu vertreten, waren für diese Vereinigung der Anlaß, die Verbindung mit der C. I. E. zu brechen.

Man soll diese Fragen nicht als zufällig betrachten. Man muß sie vielmehr im großen Zusammenhang der europäischen Politik sehen. Dann erscheinen die vier Fragen, die in Brüssel so viel Staub aufgewirbelt haben, als ebenso viele Verkörperungen der brennenden Frage unserer Zeit: der Nationalitätenfrage. Die Nationalitäten erheben sich gegen die in Versailles gezogenen Staatsgrenzen. Volk gegen Staat.

Darum allein schon ist der Kongreß von Brüssel mehr als einer nur oberflächlichen Betrachtung wert. Die Nichtübereinstimmung von Volk und Staat, die Tatsache, daß beinahe nirgends Volksgrenzen und Staatsgrenzen zusammenfallen, beherrscht heute zum großen Teil die Politik in Europa. Wir stehen hier vor der wunden Stelle im europäischen Schicksal, vor einer Frage, an der (es ist auf dem letzten Nationalitätenkongreß in Genf noch einmal deutlich ausgesprochen worden) der Briandplan zu scheitern droht und an der auch wohl einmal die C. I. E. zu Grunde gehen kann.

Man pflegt demgegenüber auf die Schweiz hinzuweisen. Aber die Schweiz ist eine von den begnadeten Ausnahmen, wo durch ein besonderes Zusammenkommen von Umständen in einem Staatsgebiet verschiedene Volksteile sich frei nebeneinander entwickeln und dadurch eine wirkliche nationale Einheit bilden konnten. Zweifellos ist die Sprachgemeinschaft nicht die einzige nationsformende Kraft. Gemeinschaftliche Geschichte kann Volksteile verschiedener Sprache zu einer Nation zusammenbinden, aber

dauern doch nur unter der Bedingung, daß den einzelnen Teilen eine ungehinderte Entwicklung der eigenen Sprache und des eigenen „Volktums“ gewährleistet ist. Das Volkstumbewußtsein ist im letzten halben Jahrhundert so kräftig erwacht, daß, wo Staat und Volkstum gegeneinanderprallen, der Staat (auch der geschichtlich am festesten gegründete) den Kürzeren zieht.

Beispiele sind Irland und die österreichisch-ungarische Monarchie. Das gleiche sehen wir im Augenblick in Belgien, wo das erwachende Bewußtsein der Flamen daran ist, den Staatsverband (in dem sie doch jahrhundertlang mit den Wallonen zusammengelebt haben) zu untergraben.

Denn in beinahe allen Fällen bedeutet das gezwungene Zusammenleben die kulturelle und damit wirtschaftliche Zurücksetzung einer der Volksgruppen, sei es, daß sie in den sogenannt demokratisch regierten Staaten in Westeuropa (Belgien) durch ein listiges System parlamentarischer Irreführung geschieht, sei es, daß sie aus einer gewalttätigen Entnationalisierung hervorgeht wie im balkanisierten Osten unseres Erdteiles (die Minderheiten in Polen und Südslavien, die Slovenen in Italien). Diese Spannungen rufen scharfe Gegensätze zwischen den Rassen ins Leben, nicht zum mindesten unter der studierenden Jugend.

Man wird fragen, was das alles mit der U. J. E. zu tun hat? Die U. J. E. hat sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt: nicht mehr als eine vertretende Studentenvereinigung für jeden Staat, ein im Grunde ganz richtiges Prinzip, wenn die Rassengegensätze in der Praxis nicht so traurig sein Ungenügen dargetan hätten. Ein Deutscher in der Tschechoslowakei läßt sich nun einmal nicht durch einen Tschechen vertreten; ein Flamen oder Kroatte bleibt lieber aus der U. J. E. ausgeschlossen, als daß er bei der wallonisch-franzosengängerischen bzw. bei der serbischen Studentenorganisation anklopfen würde. . . Das alles sind Verhältnisse, in die wir Holländer oder Schweizer, die wir bis zum Tage unbehindert wir selbst haben sein können und bereits Jahrhunderte wir selbst gewesen sind, uns vielleicht schwer hineinzudenken vermögen, die wir aber doch als Gebenheiten hinnehmen müssen, wenn wir zu einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit kommen wollen.

Wir müssen uns aber einmal vorstellen, daß Teile unseres Vaterlandes, Hollands oder der Schweiz, durch einen fremdrassigen Nachbarstaat überwältigt werden: würden wir dann verlangen, daß unsere „Kommilitonen“ aus diesen Gebieten sich den Studentenorganisationen der Überwältiger anschließen sollten?

Auf dem Kongreß von Brüssel ist es dem französischen Block gelungen, diesem vielangefochtenen Staatengrundsatz nochmals auf der ganzen Linie zum Sieg zu verhelfen.

Die Anfragen der Flamen, Kroaten und Mazedonier beruhen im Wesen alle drei auf der Tatsache, daß man es hier nicht mit „Minderheiten“ im gewöhnlichen Sinn (d. h. mit zahlenmäßig schwachen Bevölkerungsgruppen und Sprachinseln, die von ihren Stammverwandten abgeschnitten leben) zu tun hat, sondern mit kräftigen, geschlossenen Volksgemeinschaften, die ein kulturell, sprachlich und oft auch konfessionell und

wirtschaftlich selbständiges, von den umgebenden Volksgemeinschaften scharf abgetrenntes Dasein führen; mit Nationen im wahren Sinne des Wortes also.

Das stets wiederkehrende Beweismittel gegen die Anfragen war natürlich, daß in der vertretenden nationalen Vereinigung für jedermann Platz sei. Diese Beweisführung hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Manchen — in der angelsächsischen und neutralen Welt — fehlt noch das Gefühl für die schwerwiegenden Spannungen, die zwischen zwei Sprach- und Kulturwelten bestehen können, wenn einmal der Streit um den Bestand zwischen beiden entfesselt ist. Hier ist es richtig, von einem Sprachmytizismus zu reden („mytisme linguistique“, René Gillouin). Hier peitschen unbezähmbare Urleidenschaften die Massen gegeneinander auf. Als erhabener Verstandesmensch kann man diese belächeln. Aber der Verstandesmensch wird erfahren müssen, daß alle seine schön klingenden Formeln hier nichts mehr vermögen. Man überbrückt die nationalen Gegensätze nicht mit dem anspruchslosen Einwand, daß in der vertretenden Vereinigung doch ein Platz sei für alle. . .

Es ist hier nicht der Ort, alle Gründe für und gegen zu wiederholen, die in den Aussprachen angeführt wurden. Wir wollen auf die alles beherrschende Bedeutung der Frage hinweisen, die hier zur Erörterung gestellt war, und auf die oberflächliche und zufällige Art, wie man sie behandelte.

* * *

Die flämische Anfrage war natürlich für die belgischen Gastgeber, die dieses Jahr ihr erstes Jahrhundertfest feierten, nicht angenehm. Die vor dem Kongreß angestellten Bemühungen, zwischen der „Union Nationale des Etudiants belges“ und dem „Algemeen Vlaamsch Hoogstudenten Verbond“ zu einer Übereinstimmung zu kommen, waren erfolglos wegen der starren Haltung der Belgier. Der ursprünglich angekündigte Empfang beim König unterblieb und das angesagte, von der Regierung dargebotene Bankett wurde eingeschränkt.

Dienstag, den 12. August, erst wurden die flämischen Vertreter telegraphisch zur ersten Behandlung ihrer Anfrage auf den 13. in die „Commission d'Admission“ eingeladen, also bevor sie Gelegenheit gehabt hatten, mit ausländischen Abordnungen in Berührung zu kommen. Und am Samstagmorgen (Donnerstag und Freitag waren für eine Reise nach Lüttich und Spa bestimmt) sollte auf der „Ersten Sitzung des Rates“, also nach gänzlich unzulänglicher Vorbereitung, die Versammlung bereits beschließen. Doch begann man, nachdem die Flamen ihre Denkschrift vorgelesen hatten, Lunte zu riechen. England schlug vor, die Statuten aller nationalen Verbände bezüglich der völkischen Minderheiten zu untersuchen; Holland und Bulgarien, eine Kommission zur näheren Untersuchung zu ernennen. Beide Vorschläge wurden aber abgewiesen und der Vorschlag Frankreichs, die Flamen nicht zuzulassen, angenommen.

Hierauf folgte die deutsche Frage. Wie man weiß, haben die Deutschen in der C. J. C. stets eine besondere Stellung eingenommen, gerade weil sie nie von dem Grundsatz der Volksgemeinschaft hatten ablassen wollen.

Von jeher vereinigte die „Deutsche Studentenschaft“ alle deutschsprechenden Studenten im Reich und in Österreich, nach dem Krieg also auch diejenigen in der Tschechoslowakei und in Danzig. Da das im Gegensatz stand zum Staatsengrundsatz, und eine große Gruppe in der C. J. E., d. h. die angelsächsischen und neutralen Länder doch einen besonderen Wert auf die Zusammenarbeit mit den Deutschen legten, hatte man einen Kompromiß ausgedacht: seit einigen Jahren ist die Deutsche Studentenschaft als „mitarbeitendes Mitglied“ ohne Stimmrecht zugelassen. An dieser Sonderstellung wurde durch die Tschechoslowakei und Polen Kritik geübt, durch Polen im Hinblick auf Danzig, weil die diplomatische Vertretung von Danzig bei Polen liege. Wir bekommen spitzfindige Beweisführungen zu hören, aber über das einzig Wesentliche, den Willen der zu vertretenden Studentengruppen, wird nicht geredet. — Als die tschechischen und polnischen Abgeordneten sich nach der Meinung der Deutschen kränkende Ausdrücke erlauben und den Deutschen keine Genugtuung wird, verläßt die deutsche Abordnung demonstrativ den Saal, und am andern Tag den Kongreß und damit die C. J. E.

Während der Behandlung der kroatischen Frage trug sich ein Zwischenfall zu, der die „Unparteilichkeit“ der herrschenden Gruppen in einem eigentümlichen Licht darstellte. Im Auftrag der C. J. E. hatte der Belgier Couturier einen Bericht über die Zustände in Südslavien abgefaßt. Nachträglich wurde bekannt, daß er seine Erkundigungen allein bei den offiziellen südslavischen Behörden eingezogen hatte. Die Deutschen hatten darauf ihr Mitglied im Vollzugsausschuß, Herrn Proebst, nach Südslavien geschickt, um von seiner Seite die Zustände zu untersuchen. Auf Antrag der südslavischen Abgeordneten beschloß die Versammlung aber, diesen Bericht nicht vorlesen zu lassen. : . Mit Recht rief dieser Umstand die Empörung der Engländer hervor, in glänzender Beweisführung tadelte ihr Wortführer eine solche Verhaltensweise als vollkommen im Gegensatz stehend zum internationalen Vertrauen; auf welcher Seite man auch sein möge, wer sich stark fühle, solle die Wahrheit hören dürfen.

Wie hoch die Aussprache während der Behandlung dieser Frage stand, geht aus den Worten hervor, die der Jugoslawe in der Hitze der Debatte den Italienern ins Gesicht schleuderte: „Die Feinde meiner nationalen Vereinigung sind die Feinde meines Landes!“

Kurz zuvor war einer der kroatischen Abgeordneten durch die belgische Polizei über die Grenze gewiesen worden wegen Besitz eines falschen Passes. Als diese Tatsache in den Besprechungen zur Sprache kam, erklärte der belgische Vorsitzende, Herr Moß, daß Herr Mellitsch, der in Wien studiert, kein belgisches Visum bekommen habe, weil seine Anwesenheit in Belgien als unerwünscht erachtet werde (!). Es versteht sich von selbst, daß die auf solche Weise behandelte kroatische Anfrage abgewiesen wurde. Die mazedonische Frage erlitt dasselbe Schicksal in der Vollversammlung, nachdem die „Commission d'Admission“ zuerst günstig entschieden hatte (dieser Unterschied ist zu erklären aus der verschiedenen Art der Abstimmung in beiden Organen).

* * *

Es könnte scheinen, als ob ich aus Sensationslüsternheit hier möglichst viel Skandale zusammengetragen habe. Es ist aber entschieden notwendig, alle diese Vorfälle zu kennen, um zu wissen, in was für einem Dunstkreis von Mißtrauen und politischen Intrigen wir gearbeitet haben. Der Führer der amerikanischen Delegation, Herr E. R. Murrow, schreibt im Organ der Nationalen Studentenvereinigung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, im „N. S. J. A.“, Bd. II, Nummer 1:

„Eine starke nationalistische und politische Atmosphäre beherrschte den großen Teil der Aussprachen. Das vermittelte allen angelsächsischen Abgeordneten einen ausgezeichneten Querschnitt durch die südeuropäischen Fragen und Unzufriedenheiten. Es schien manchmal, daß eine studentische Übereinstimmung überhaupt nicht zustandekommen könnte, und daß viele Studenten das natürliche Recht ihrer Studentengeneration verlieren würden, das heißt: Freiheit des Denkens und unboreingenommene Betrachtung der internationalen Fragen zum Zweck eines dauernden Friedens. Es ist schwer, den tief wurzelnden Haß und das Mißverständnis selbst zwischen Studenten zu begreifen, die als Ergebnis der gewaltsam durch den Versailles Vertrag errichteten Grenzen entstanden sind, bis man gut erzogenen Studenten begegnet, die in den meisten andern an sie herantretenden Fragen durchaus unboreingenommen denken, die aber Studenten einer andern Nation nicht nur als ihre persönlichen Feinde, sondern auch als Feinde ihres Landes, die nichts tun, um dessen Untergang aufzuhalten, erklären. — Die europäische Studentenschaft scheint im allgemeinen die Auffassung der amerikanischen Staatsmänner, daß ein neuer europäischer Krieg geschmiedet wird, zu teilen. — Studenten von Dutzenden von Nationen würden eine allgemeine Kongreßzusammenkunft ruhig versäumen, um in ein nahegelegenes Kaffee zu sitzen, aber sofort wieder zurückkehren zu einer Aussprache über den nächsten Krieg und die voraussichtlichen Grenzen der Nationen. — Die hauptfächliche Grundlage zu irgendwelchem Optimismus betreffs studentischer Zusammenarbeit und guten Willens lieferten die zwei Kommissionen, die mit Reise und Sport zu tun haben.“

Gegen das Ende des Kongresses begann man im angelsächsischen und neutralen Lager das Gefühl zu bekommen, daß es so nicht länger gehe. Ein Südafrikaner sagte sehr kennzeichnend: „Ich komme von ferne nach Europa und werde hier in allerlei Nationalitätenfragen hineinverwickelt, von denen ich nie gehört habe.“ Sein Vorschlag, für den folgenden Kongreß alle derartigen Fragen vor die Erste Kommission zu bringen und sie miteinander zu behandeln, war eine Tat, die dem Gefühl Ausdruck gab, daß das eigentliche Gebot ein mutiges Durchgreifen sei.

Er wurde angenommen, . . . aber nicht ohne nachher durch den französischen Zusatz entkräftet zu werden, daß die Kommission dabei zugleich zu beraten habe, ob überhaupt noch Nationalitätenfragen behandelt werden sollen. . .

Es war auffallend, wie bei allen oben besprochenen Fragen die Abgeordneten sich in zwei scharf getrennte Lager schieden. Im allgemeinen fand man in der Opposition die angelsächsischen und skandinavischen Länder, Holland, Deutschland (obchon es kein Stimmrecht hat) und den italienischen

Block (Italien, Ungarn, Bulgarien). Man kann aber nicht sagen, daß der italienische Block, außer für rein idealistische Fragen, in Opposition stand. Mit den angelsächsischen und skandinavischen Ländern samt Holland war das aber zweifellos stets der Fall. Aber was vermochten sie gegenüber der Macht des Mehrheitsblockes?

Hier standen in geschlossener Front Frankreich, Belgien, Luxemburg, Spanien und die spanisch-amerikanischen Staaten, die Kleine Entente und Polen, die baltischen Randstaaten (Litauen, Lettland, Estland, Finnland), die Türkei und — die Schweiz (!).

Die Haltung der Schweiz hat auf diesem Kongreß die Vertreter der übrigen neutralen Staaten peinlich betroffen. In der flämischen Frage, bei dem Vorschlag von Holland und Bulgarien, die Angelegenheit wegen ungenügender Vorbereitung einer Untersuchungskommission zu überweisen, stimmte die Schweiz dagegen. Und bei der Abstimmung über das Vorlesen oder Nichtvorlesen des Berichtes Proebst über Kroatien, wo es galt, alle Stimmen zu vereinigen, um die Taubstummen-Politik des Mehrheitsblockes zu brechen, enthielt sie sich. Hat die Schweiz ihre überlieferte Unabhängigkeitspolitik preisgegeben, so fragte man sich, um fortan, nächst Belgien und Polen, Frankreich Hand- und Vorspanndienste zu leisten? Oder haben wir dabei allein die Hand des schweizerischen Mitgliedes des Vollzugsausschusses, Dr. Bosphardt, zu sehen, der, als Holland (unterstützt durch England und Südafrika) im Rat vorgeschlagen hatte, die deutsche Frage zu behandeln (nach einem abweisenden Entscheid des Vollzugsausschusses) in der Voraussetzung, daß der Vorschlag durchkommen werde, hilflos durch die Gänge rannte und mit dem Ruf „Es geht schief, es geht schief“ alle stimmberechtigten Hilfstruppen in den Saal hineintrieb? (Es ist allerdings doch „schief gegangen“!)

Ich bin überzeugt, daß dieses Verhalten nicht in Einklang steht mit der unter den Schweizer Studenten vorherrschenden Meinung. Die Neutralen, Holland und die Schweiz voran, haben in der G. J. E. eine Aufgabe zu erfüllen. Und diese Aufgabe kann einzig erfüllt werden, wenn alle wohlgesinnten Elemente sich zu einer geschlossenen Front vereinigen, um durch ein bewußtes und tatkräftiges Auftreten die französische Vorherrschaft zu brechen und die G. J. E. zu einer wirklichen Studenten-Internationale zu machen. Der Stimmen der Angelsachsen sind wir dabei sicher. Das Verhalten der englischen Vertretung auf dem Kongreß und der oben erwähnte Vorschlag des Amerikaners Murrow beweisen es.

Das Anerkennen, innert klar bestimmter Grenzen natürlich, des vollen Grundgesetzes neben dem staatlichen wird nach meiner Überzeugung in vielen Fällen eine wohlthätige Entspannung hervorrufen; wird, anstatt die Luft zu trüben, sie säubern und den Weg zu einem neuen Europa bereiten, in dem für alle Völker Raum ist.

Dann wird vielleicht die Zeit anbrechen, in welcher der jetzt noch allzu naiv anmutende Ausspruch im „Handbuch studentischer Arbeit“ Wahrheit werden wird: „Studenten, welches immer ihre Verschiedenheit der Nationalität, Religion oder Politik sein mögen, sind im wesentlichen über

die ganze Welt eine Klasse, mit Zielen und Interessen, die im Grunde die gleichen sind."

Aber es gilt: Wachsamkeit und Durchgreifen! Schon hat Frankreich den jüngsten E. J. E.-Kongreß mit der triftigen Darlegung geschlossen, daß auch die mohamedanischen Länder in die E. J. E. zugelassen werden müßten. Hält es Ausblick nach neuen Hilfsstruppen?

Über Italien.

(Zu einigen Neuerscheinungen über Italien und den Faschismus.)

Im Jahre 1923 veröffentlichte Giuseppe Prezzolini seine „*Cultura Italiana*“ (Edizioni La Voce), die erste von einem Italiener besorgte zusammenfassende Schilderung des modernen kulturellen Lebens der Apenninenhalbinsel. Da war die Rede vom Bleigewicht der römischen Tradition und vom Regionalismus, von den verschiedenen literarischen Strömungen (deren bedeutendster Prezzolini selber durch die Herausgabe der Zeitschrift „La Voce“ und Begründung einer gleichlautenden Verlagsanstalt in Florenz seine schätzenswerten Eigenschaften als Organisator geliehen hatte), vom Journalismus und den Bestrebungen privater Vereinigungen zur Verbreitung kultureller Kenntnisse, vom Erziehungswesen, von Theater, bildenden Künsten und den geistigen Beziehungen zum Ausland. Der Verfasser gab seiner Darstellung die Form von Briefen an einen ausländischen Freund, der nach der langjährigen Unterbrechung durch die Kampffahre wieder Fühlung nehmen will mit dem Italien der Nachkriegszeit. Schon in den ersten Sätzen legte Prezzolini seine Ansicht dahin fest, daß sich eigentlich gegenüber der Vorkriegszeit nichts geändert hätte. In allen Gebieten des kulturellen Lebens seien noch ungefähr dieselben Männer führend und dieselben Ideen herrschend. Als Sohn des liberal-demokratischen Italien von Giolitti hatte Prezzolini mitten in der turbulenten Nachkriegszeit die unerschütterliche Ruhe des wissenden Skeptikers bewahrt, und sich wohl vorgestellt, daß nach dem Verebben der politischen und sozialen Unruhen der *piccolo mondo antico* seinen Fortgang nehmen wurde, getreu dem bisher in Italien üblichen gutmütigen Schlendrian. Diese Meinung wurde eifrig weiter gegeben in allen Feuilletons, die das übrigens aus einzigartig reicher Kenntnis heraus geschriebene Werk anzeigten; besonders auch die ausländischen Beurteiler machten sich gerne diesen Standpunkt zu eigen, wird es ihnen doch durch die Verschiedenheit der Sprache und die Abgelegenheit des Landes nicht übermäßig leicht, sich aus eigenem Einblick eine selbständige Ansicht zu bilden. Schon damals mußte sich jedoch zum Widerspruch gereizt fühlen, wer die Ereignisse in Italien wachsam verfolgte.

Noch bevor jener Band erschienen war, hatten ja die politischen Exponenten einer Generation die Regierungsgewalt an sich gerissen, die durch den Krieg geistig anders modelliert worden war und sich anschickte, ihre Ideen und Interessen dem bisherigen Italienertum auf allen Gebieten ent-